

**Die äußere und die innere Politik unserer Regierung.**

Der erfolgreiche Verlauf der letzten Landtagsession beruhte zum Theil darauf, daß eine große Anzahl von Abgeordneten, welche bis dahin der Regierung feindlich gegenüber gestanden hatten, sich nunmehr zu unumwundener Anerkennung der von der Regierung erreichten Erfolge entschlossen. Dieselbe Stimmung, welche nach den wunderbaren Ereignissen dieses Jahres das ganze preussische Volk erfüllte, kam auch in der Mehrheit des Abgeordnetenhauses zur Geltung und ließ auch bisherige Gegner des Ministeriums die ihnen dargebotene Hand zur Versöhnung ergreifen.

Das preussische Volk begrüßte seinerseits die so lange vernügte Einigkeit zwischen Regierung und Landesvertretung mit offenkundiger Genugthuung. Das Verhalten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses bedarf daher in den Augen des Volkes gewiß keiner nachträglichen Erklärung und Rechtfertigung.

Mehrere jener Abgeordneten haben sich dennoch veranlaßt gefunden, theils in gemeinsamen Erklärungen, theils in besonderen Aeußerungen ihr Verhalten nochmals ins rechte Licht zu stellen: sie suchen dabei vornehmlich der Meinung entgegen zu treten, als hätten sie mit der äußeren Politik der Regierung zugleich auch die innere Politik der letzten Jahre gebilligt, sie versichern im Gegentheil, daß sie in inneren Angelegenheiten die alte »Wachsamkeit« und Opposition gegen die Regierung fortsetzen und hierin mit der Fortschrittspartei geeinigt bleiben wollen.

Ob und wie diese Ankündigung für die Zukunft sich erfüllen wird, das wird abzuwarten sein: einweilen darf man die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Patriotismus in jenen Männern auch weiterhin mächtiger sein werde als der Parteigeist.

Was aber die Vergangenheit betrifft, so haben die Abgeordneten, welche den segensreichen Erfolgen der Regierung ihre Anerkennung und Huldigung gewidmet haben, sie mögen es sich gestehen wollen oder nicht, bis zu einem gewissen Punkte auch die innere Politik nachträglich für gerechtfertigt erklärt.

Der innere Kampf der letzten Jahre bewegte sich in seinem Grund und Wesen vor Allem um die Aufrechterhaltung der Heeresreform, — darüber allein ist der Streit um das Budget und um die Verfassung und der heftige Kampf auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, im Landtage und in der Presse, im Vereinswesen und in den städtischen Corporationen entbrannt.

Wer nun jetzt anerkennt, daß die Regierung sich durch die Aufrechterhaltung der Militair-Reorganisation und durch die mit Hilfe derselben errungenen Erfolge der äußeren Politik hohes Verdienst um das Vaterland erworben habe, der erkennt damit auch thatsächlich und selbstverständlich an, daß die Regierung wohl daran gethan habe, alle Mittel, die ihr Verfassung und Gesetz an die Hand gaben, nach gewissenhafter Ueberzeugung zu benutzen, um das große und segensreiche Werk des Königs, die Heereseinrichtungen, welche heute der Stolz Preussens und Gegenstand der Bewunderung in ganz Europa sind, im Kampfe gegen alle Widersprüche und Hindernisse des Parteitreibens durchzuführen, bis eine Zeit besserer Erkenntniß in der Landesvertretung heranbrähe.

Unsere glänzenden Erfolge nach Außen sind so untrennbar von unserer Heereseinrichtung, deren Aufrechterhaltung aber ist so innig verbunden mit der inneren Politik der Regierung, mit der Abwehr und Nothwehr gegen alle Angriffe und Uebergriffe des Parteiwesens, — daß man nicht das Eine rühmen und zugleich das Andere verwerfen kann.

Einzelne jener Abgeordneten aber bleiben nicht dabei stehen, die äußere und die innere Politik der Regierung trennen zu wollen, sie machen sich auch noch eine willkürliche Scheidung unter den Ministern zurecht. Graf Bismarck und der Kriegs-Minister von Roon, sagen sie, hätten sich allerdings um das Vaterland höchst verdient gemacht, die anderen Minister dagegen hätten an diesem Verdienst keinen Antheil, die innere Politik zumal habe Graf Bismarck wohl selbst nicht recht gebilligt.

Solche Reden beruhen auf großer Begriffsverwirrung oder auf absichtlicher Entstellung.

Die gesammte innere Politik der letzten Jahre ebenso wie die einmüthige Förderung und Durchführung der großartigen Unternehmungen unserer auswärtigen Politik sind in jeder Beziehung das gemeinsame Werk und Verdienst der gesammten Regierung Sr. Majestät des Königs.

Die Kraft und die Erfolge der gegenwärtigen Regierung beruhen zum großen Theile gerade auf der tiefen Uebereinstimmung aller Mitglieder derselben in Betreff ihrer gemeinsamen Aufgaben und Ziele und der zur Erreichung derselben einzuschlagenden Wege: niemals, so lange in Preußen die Verfassung besteht, war die Regierung in allem

Wesentlichen so sehr eines Sinnes und Willens, wie im Laufe der letzten vier Jahre.

Mit Recht zollt das Land den weit hervorragenden Verdiensten, der geistigen Kraft und der charaktervollen Energie des Minister-Präsidenten und des Kriegs-Ministers die dankbarste Bewunderung; aber diese Männer würden einen Dank verschmähen, der die erreichten Erfolge von der Gesammtpolitik scheidet wollte, die sie seit vier Jahren in engster Gemeinschaft mit den übrigen Ministern befolgt und bei jeder Gelegenheit mit offenkundiger Entschiedenheit vertreten haben. Man begeht ein Unrecht gegen die beiden hochbedeutenden Männer selbst, wenn man sie als bloße Fachminister aus dem Zusammenhange der politischen Gesammtthätigkeit des Staats-Ministeriums auszuschneiden versucht.

Die innere Politik der letzten vier Jahre entsprang bei Graf Bismarck so wenig wie bei einem der übrigen Minister aus Lust am Streit oder aus innerem Widerstreben gegen die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte des Volkes, sondern aus dem Bewußtsein einer unabweißlichen Pflichterfüllung gegen die Krone und das Land.

Aber ebenso wie die Regierung in diesem Bewußtsein einer ernstlichen politischen Nothwendigkeit einig war, ebenso einmüthig war sie von vorn herein in der Hoffnung und Zuversicht, daß es über kurz oder lang gelingen werde, das Zerwürfniß mit der Landesvertretung zu lösen und auf die Bahn eines vertrauensvollen Zusammenwirkens mit derselben zurückzuführen.

Jede Thronrede seit 1862, fast jede Ministerrede gab dieser Hoffnung Ausdruck.

Der Minister des Innern, dem der Kampf gegen die Aeußerungen und Uebergriffe des Parteitreibens in den Zeitungen, in Versammlungen und Corporationen vorzugsweise obliegt, hat bei jeder Gelegenheit versichert, wie sehr die Regierung eine Zeit herbeiwünsche, wo sie dieses Kampfes überhoben wäre. Er mahnte schon vor zwei Jahren das Abgeordnetenhaus in dringenden Worten: es möge davon ablassen, gerade an der Militairfrage, in welcher ein Zurückweichen für die Regierung ganz unmöglich sei, das Budgetrecht erproben zu wollen. Es werde sich dann bald zeigen, daß man gar nicht soweit auseinander sei.

»Ueberlassen Sie, sagte er, die Bethätigung dieses Patriotismus nicht Ihren Nachfolgern, legen Sie so schnell als möglich Hand ans Werk, um Preußen einig zu machen und dadurch so groß und so stark, als es verdient.«

Solche Mahnungen verhallten damals noch wirkungslos.

Die Regierung aber hielt unbeirrt an dem Glauben fest, daß der Augenblick kommen werde, wo der Widerspruch gegen die neuen Heereseinrichtungen und damit der Anlaß des traurigen Zerwürfnisses schwinden würde.

Sobald im letzten Sommer die Kunde von Preussens siegreichem Vorgehen in Böhmen einen neuen Aufschwung patriotischer Gesinnung hervorrief, der sich auch schon bei den Wahlen zum Landtage geltend machte, war die Regierung sofort einmüthig in dem Entschluß, gestützt auf diese gehobene patriotische Stimmung den inneren Frieden wiederherzustellen.

Die Thronrede, mit welcher der König bei der Rückkehr von seinem Siegeslauf den Landtag eröffnete, kündigte dieses Friedenswerk in zuversichtlichen Worten an.

Bei der Berathung der Indemnitäts-Vorlage sagte sodann der Minister-Präsident Graf Bismarck:

»Wir wünschen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig sind; im Gegentheil, die Fluth ging mehr zu unseren Gunsten, als vor Jahren. Wir wünschen den Frieden, weil das Vaterland ihn bedarf, — und weil wir hoffen, ihn jetzt zu finden; wir hätten ihn früher gesucht, wenn wir gehofft hätten, ihn früher finden zu können. — Wir suchen den Frieden ehrlich, wir haben Ihnen die Hand dazu geboten und Sie werden in diese Hand einschlagen. Wir werden dann die Aufgaben, die uns zu lösen bleiben, mit Ihnen in Gemeinschaft lösen. Ich schließe von diesen Aufgaben Verbesserungen der inneren Verwaltung, Herstellung der regelmäßigen Verfassungszustände nicht aus. Aber nur gemeinsam werden wir sie lösen können, indem wir auf beiden Seiten erkennen, daß wir demselben Vaterlande mit demselben guten Willen dienen.«

Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg fügte in gleichem Sinne hinzu: »Die Regierung ist heute stärker als zuvor, und — dennoch hat sie die Hand zum Frieden geboten, und dennoch ist aus königlichem Munde der Ruf zur Versöhnung erschallt, als die beste Bürgschaft, daß es ernstlich damit gemeint ist. Denjenigen, welche heute noch der Ueberzeugung sind, daß wir mit dem Willen, die Verfassung zu verlegen, den Budgetstreit geführt hätten — verdenke ich es nicht, wenn sie die Indemnität nicht ertheilen wollen. Aber ich hoffe, Sie haben aus den Erfolgen ersehen, daß die Sache so nicht steht. — Die Indemnität soll aber ferner die Grundlage für den zu schließenden Frieden zwischen der Regierung und der Landesvertretung

sein! Nicht, daß wir nur einen Waffenstillstand erbäten, um Deutschland und dem Auslande gegenüber unsere Rolle mit Erfolg weiter spielen zu können. Nein — es ist kein bloßer Waffenstillstand, welchen wir verlangen, sondern die Indemnität soll wirklich die Grundlage zu einem wahren, dauerhaften und fruchtbaren Frieden sein zwischen der Regierung und der Volksvertretung.

Dies war der Sinn, in welchem die Regierung die Indemnität erbat, dies unzweifelhaft auch der Geist, in welchem sie erteilt und von dem Lande als Abschluß des langjährigen inneren Zwistes mit Freude begrüßt wurde.

Mit diesem Geiste und mit allen Thatsachen stände es im Widerspruch, nachträglich eine Scheidung und gewissermaßen einen Zwispalt in der Regierung selbst in Bezug auf jene Friedensstiftung behaupten und einen Theil des Ministeriums von dem Frieden ausschließen zu wollen. Die Einigkeit und das feste Zusammenhalten der Regierung in der Erfüllung ihrer großen Aufgaben stehen mit solchen Auffassungen im offensten Widerspruch.

Die Regierung in ihrer Gesamtheit hält den Streit der letzten Jahre für abgethan und wird das Ihrige redlich dazu thun, daß er nicht ohne Noth erneuert werde. Diejenige Partei aber, welche den Konflikt von Neuem hervorrufen oder die Bedeutung des errungenen Friedens verringern wollte, würde sich am preussischen Volke und an den hohen Aufgaben desselben versündigen.

**(Der frühere sächsische Minister von Beust)** ist jetzt zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Oesterreich berufen worden.

Diese Ernennung gilt zunächst als ein neues Zeichen der großen Verlegenheiten der österreichischen Regierung, welche unter den einheimischen Staatsmännern keinen mehr gefunden zu haben scheint, der sich den aufgehäuften Schwierigkeiten gewachsen dünkt. Nur so glaubt man es erklären zu können, daß der Kaiser von Oesterreich sich entschlossen hat, zur Leitung der österreichischen Politik den bisherigen Minister eines Mittelstaats zu berufen, der in seinem früheren Wirken allerdings eine große geistige Regsamkeit und eine rastlose Unternehmungslust bewährt hat, aber keineswegs zum Segen, vielmehr zum schließlichen Verderben des Staates, den er leitete, und aller derer, die mit ihm in politische Beziehungen traten.

Die Berufung des Ministers von Beust wird ferner als ein Anzeichen einer fortdauernd übelwollenden Stimmung Oesterreichs gegen Preußen gedeutet, — man meint, daß die Stellung eines bisher so entschiedenen Widersachers Preußens an der Spitze des österreichischen Ministeriums nicht dazu beitragen könne, die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen zu erleichtern. Die Versicherungen, welche von Wien her gegeben werden, bestätigen eine solche Auffassung zunächst nicht. Keinenfalls liegt Anlaß vor, dieser Seite der Sache im Interesse Preußens etwa ein besonderes Gewicht beizulegen. Die Stellung und die nächsten Aufgaben Preußens den deutschen Staaten gegenüber, so wie die Beziehungen unserer Regierung zu den europäischen Mächten beruhen in Folge der jüngsten militairischen und politischen Vorgänge auf so festen und sicheren Grundlagen, daß der weitere Gang unserer Politik durch die Stimmungen und Bestrebungen des neuen Ministers in Oesterreich nicht gehemmt oder beeinträchtigt werden könnte.

Wenn in dieser Beziehung aus der Ernennung des Herrn von Beust Gefahren erwachsen könnten, so wäre es nur für diejenigen, die sich durch seine Berufung etwa verleiten lassen sollten, Bestrebungen in den deutschen Angelegenheiten, welche durch die jüngste Entwicklung ein für alle Mal verurtheilt und abgethan sind, wieder aufnehmen zu wollen. Jeder Versuch solcher Art würde sicher nur das Verhängniß für diejenigen beschleunigen, welche der unheilvollen Anregung folgten; — für Preußen würde darin nur ein neuer mächtiger Antrieb liegen, das bisher glücklich durchgeführte nationale Werk um so rascher und entschiedener zu vollenden.

Oesterreich wird übrigens fürs Erste mit sich selbst, mit der Regelung seiner überaus verwickelten inneren Angelegenheiten und mit der Heilung der tiefen Wunden, die ihm der letzte Krieg geschlagen hat, so viel zu thun haben, daß es schwerlich daran denken kann, Preußen Schwierigkeiten zu bereiten.

Herr von Beust hat denn auch in einem ersten Rundschreiben an die österreichischen Gesandten durchaus friedliche Absichten zu erkennen gegeben und namentlich angedeutet, daß frühere Feindschaften auf sein jetziges Verhalten keinen Einfluß üben werden.

Die preussische Regierung hat ihrerseits schon bei den Friedensverhandlungen zu Nicolzburg und Prag durch die That bewiesen, daß sie Oesterreich gegenüber, sobald die Auseinandersetzung in Betreff Deutschlands erreicht war, keine Politik der Feindschaft oder der Bitterkeit verfolgen will. Es wird daher nur an der österreichischen Regierung liegen, daß die gegenseitigen Beziehungen sich wahrhaft friedlich und erspriehlich gestalten.

**(Die Landtags-Session)**, welche vom 27. September bis zum 12. November vertagt war, wird am nächsten Montag wieder aufgenommen werden. Es handelt sich nicht um eine neue Session, son-

dern um die Fortsetzung der früheren am 5. August eröffneten Session, es findet daher auch keine feierliche Eröffnungssitzung weder durch Se. Majestät den König noch durch einen der Minister, keine Thron- oder Eröffnungsrede statt; die beiden Häuser nehmen vielmehr ihre Geschäfte einfach da wieder auf, wo sie dieselben am 27. September unterbrochen haben, die früher bereits in Kommissionen vorbereiteten Verhandlungen werden ohne Weiteres fortgeführt.

Die Hauptaufgabe wird die Berathung und Feststellung des Staatshaushalts für das Jahr 1867 sein. Es ist die gemeinsame Absicht der Regierung und der Landesvertretung, die rechtzeitige Feststellung des jährlichen Staatshaushalts vor Beginn des betreffenden Rechnungsjahres jetzt endlich zur Verwirklichung zu bringen, während bisher seit Einführung der Verfassung alle Budgets immer erst mitten in dem Jahre, für welches sie gelten, zu Stande gekommen sind. Der jetzige Finanz-Minister hatte zuerst im Jahre 1862 den Versuch gemacht, ein Budget für das folgende Jahr rechtzeitig mit dem Landtage zu vereinbaren. Diese Absicht scheiterte jedoch, weil damals und seitdem überhaupt kein Staatshaushalts-Gesetz mehr zu Stande kam. Jetzt darf die Regierung ihre frühere Absicht mit der zuversichtlichen Erwartung des Gelingens wieder aufnehmen: in die Hand der Landesvertretung ist es von Neuem gelegt, die Verfassung in einem der wichtigsten Punkte zur Wahrheit werden zu lassen.

Es wird allerdings einer raschen Förderung der Vorberathungen bedürfen, damit das Gesetz bis zum 1. Januar in beiden Häusern durchberathen und zur königlichen Vollziehung gelangt sein könne. Die Arbeit ist jedoch insofern sehr erleichtert, als sämtliche einzelne Theile des Staatshaushalts schon in den letzten Jahren vielfach und eingehend vorberathen worden sind.

Die Landesvertretung wird überdies von erneuten grundsätzlichen Erörterungen jetzt um so eher absehen können, als der im künftigen Jahre zu berathende Staatshaushalt für 1868, bei welchem sowohl die neuen Landestheile, als auch die Beziehungen zum Norddeutschen Bunde schon mit in Betracht kommen werden, selbstverständlich Gegenstand einer eingehenden und gründlichen Prüfung sein wird.

Abgesehen von dem Staatshaushalt wird der Landtag sich mit der bereits früher eingebrachten Vorlage in Betreff der Einverleibung Schleswig-Holsteins in die preussische Monarchie zu beschäftigen haben, wobei auch die fernere Stellung Lauenburgs in Betracht kommen wird.

Ferner wird die Arbeiterfrage durch das Gesetz wegen Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen und durch die damit zusammenhängende Aufhebung des Einzugsgeldes von Neuem zur Berathung kommen.

Anderweitige wichtigere Organisationsgesetze sind in dieser Session schon deshalb nicht zu erwarten, weil bei deren Bearbeitung jetzt selbstverständlich auch die Verhältnisse der neu erworbenen Landestheile erwogen und berücksichtigt werden müssen. In dieser Beziehung werden die Sessionen der nächsten Jahre vermuthlich sehr umfassende und tief greifende Aufgaben zu erledigen haben.

Die gegenwärtige Session wird um so mehr nur auf das Dringende zu beschränken sein, als die Berufung des Norddeutschen Parlaments nach Schluß derselben in möglichst nahe Aussicht zu nehmen ist.

Die Vorberathungen der Regierungen und die Wahlen zum Parlaments-Session in den ersten Monaten des nächsten Jahres stattfinden könne. Es ist daher wünschenswerth, daß die Sitzungen des preussischen Landtages sich diesmal nicht über den Januar hinaus ausdehnen.

Se. Königliche Hoheit der Kronprinz ist mit seinem Gefolge am Montage (5.) in der russischen Hauptstadt eingetroffen und am Kaiserlichen Hofe auf das Herzlichste empfangen worden.

Der Minister-Präsident Graf Bismarck verweilt noch in Putbus. In dem Maße, in welchem die körperliche Kraft und Frische des hohen Staatsmannes wieder zugenommen haben, ist in ihm auch der Drang zu weiterem Schaffen wiedergekehrt. Besonders liegt ihm die Vollendung des so glücklich begonnenen Werkes, die rasche Aufrichtung des Norddeutschen Bundes, am Herzen und wünscht er, an den Vorarbeiten hierzu sich persönlich zu betheiligen. Hoffentlich wird ihm die baldige Rückkehr zu solchem Zwecke gestattet sein, wenn auch im Interesse Preußens zu wünschen und zu erwarten ist, daß er seine Kräfte so viel als irgend möglich auch ferner noch schone.

Der Kriegs-Minister von Roon, welcher in der Schweiz erkrankt war, befindet sich jetzt in der Besserung. Seine Rückkehr wird sich jedoch etwas über die Eröffnung der Landtags-Session hinaus verzögern.